

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt: Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Telefon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-, Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Auswertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung: Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

9. Oktober 1968 - 81 / 11  
Einzelpreis DM 0.75

-----  
IN DIESER AUSGABE:

- SEXUALITÄT, KORRUPTION, GEWALTTÄTIGKEIT IN DER STRAFANSTALT TEGEL (REPORT SEITE 4)
- FESTWOCHEIN DER KLASSENJUSTIZ IN MOABIT (REPORT SEITE 7)
- REDNERANWEISUNGEN UND ZEITUNGSWERBUNG BEI DER NPD (SEITE 8)
- DAS REIZWORT VOM "LINKSFASCHISMUS" (SEITE 9)

-----  
VERWALTUNGSGERICHT: SCHLAGSTOCKGEBRAUCH IST UNGESETZLICH

Auf den Westberliner Senat rollt wahrscheinlich eine Lawine von Schadensersatzprozessen zu, nachdem das Verwaltungsgericht am Dienstag festgestellt hat, daß der Einsatz von Schlagstöcken am 2. Juni 1967 gesetzwidrig war. Diese Grundsatzentscheidung erreichte eindamals erheblich verletzter Student, der gegen den Polizeipräsidenten geklagt hatte. Im Urteil hieß es wörtlich: "Der Schlagstockgebrauch ist ein Verwaltungsakt in der Form des unmittelbaren Zwanges zur Durchsetzung einer polizeilichen Anordnung, hier des Platzverweises. Weil es sich im vorliegenden Fall um eine Spontandemonstration handelte, hatte der Platzverweis seine Rechtsgrundlage in sinngemäßer Anwendung des Paragraphen 13 Berliner Versammlungs-Freiheitsgesetz. Die Polizei war berechtigt, Platzverweis anzuordnen, weil die Versammlung nicht mehr friedlich verlief und damit die öffentliche Sicherheit und Ordnung gestört war. Es kann hier dahingestellt bleiben, ob die Polizei die Anwendung unmittelbaren Zwanges androhen mußte oder angedroht hat, denn es fehlt für die Anordnung des unmittelbaren Zwanges durch Waffengebrauch - hierzu gehört auch der Gebrauch eines Schlagstocks - eine dem Art. 2, Absatz 2, Satz 3 Grundgesetz entsprechende gesetzliche Regelung. Diese Grundrechtsbestimmung gilt auch in Berlin, alliiertes Recht steht dem nicht entgegen. In den Vorschriften des Verwaltungsvollstreckungsgesetzes ist eine gesetzliche Regelung des Waffengebrauchs nicht enthalten. Die Bestimmungen über den Waffengebrauch der Polizei vom 25. Juli 1949 stellen lediglich interne Dienstanweisungen dar. Selbst wenn die Dienstanweisung zugrunde gelegt würde, wäre der Schlagstockgebrauch gegenüber dem Kläger auch nicht gerechtfertigt gewesen. Denn der Kläger hat weder einen Angriff mit gegenwärtiger Gefahr für Leib und Leben eines Polizeiangehörigen unternommen noch sonst gewaltsam Widerstand geleistet, wie die Beweisaufnahme ergeben hat."

DUTSCHKE: NEUES VORWORT NACH "KONKRET-RAUBZUG"

Für den als Nummer 19 Ende nächster Woche erscheinenden Band der "edition voltaire" mit Briefen, die das SDS-Mitglied nach dem Attentat auf ihn erreichten, schreibt Rudi Dutschke gerade ein neues Vorwort. Das erste Vorwort war auf bisher ungeklärte Weise an die Hamburger Vierzehn-Tage-Publikation "konkret" gelangt und dort ohne Wissen Dutschkes und des Verlages als Exklusiv-Beitrag veröffentlicht worden; die "konkret"-Redakteure hatten dabei den Dutschke-Text auf etwa ein Viertel zusammengekürzt.

Dutschke wird sich mit diesem in der Buchbranche als "Raubzug" bezeichneten Vorfall ebenso wie mit der Rowohlt-Affäre auseinandersetzen: Der Hamburger Verlag Rowohlt hatte bekanntgegeben, daß Dutschke mit ihm einen "Generalvertrag" abgeschlossen habe, obwohl ein solches Schriftstück Dutschke nur zugesandt, von diesem aber nicht signiert wurde. "konkret" hat Dutschke inzwischen 2000 DM für die unerlaubte Veröffentlichung angeboten; aus informierter Quelle ist zu erfahren, daß man den der edition-voltaire-Veröffentlichung zugefügten Schaden jedoch "ökonomisch besser" abgegolten haben will.

#### KLINIKUM WESTBERLIN: PROTEST DER STUDENTENSCHAFT

Der AStA der Freien Universität und die Initiativgruppe medizinischer Arbeiter (IMA) haben gegen die Nichtbeteiligung der Studentenschaft an den Einweihungsfeierlichkeiten des mit großem Kostenaufwand erbauten neuen Klinikums der FU in Steglitz protestiert. Der Senat teilte dazu mit, er habe die Studentenvertreter eingeladen; insgesamt würden an der Veranstaltung 17 Studenten (!) teilnehmen können. - In einer Stellungnahme stellen die Studenten fest, daß das Klinikum der kultur-imperialistischen Repräsentanz der USA in Westberlin diene. Die USA hätten "acht Stunden Vietnam-Krieg sausen" lassen, um "großzügig" das Klinikum über die Benjamin-Franklin-Stiftung zu finanzieren. Die Stiftung als unumschränkter Bauherr habe auf teuren baulichen Absonderlichkeiten bestanden, während eine Bibliothek aus Kostengründen nicht gebaut werden konnte. Planung, Struktur und Bau des Steglitzer Klinikums bewiesen, wie unter dem Schein des Fortschritts hergebracht Schlechtes reproduziert wird: "Während am OSI neue Strukturversuche gemacht werden, wird zur gleichen Zeit im Klinikum das alte Kastenwesen seinen Einzug halten". Mit weniger Kostenaufwand habe man beispielsweise in Ulm und Hannover Ansätze eines Department-Systems in der Medizin realisiert, während sich in Westberlin wieder das Feudalordinariat etabliere. Die Studierenden würden wie gewohnt übergangen. Das zeige sich allein an der Verteilung der Räumlichkeiten: Für Chefarztfluchten und Bereitschaftsräume stünden 2300 qm zur Verfügung, für die studentischen Einrichtungen ganze 375 qm - und "die Labortiere werden sich eines Auslaufs von 500 qm erfreuen dürfen". - Es ist damit zu rechnen, daß es während der Einweihungsfeierlichkeiten zu Demonstrationen kommt (siehe Termine).

#### MOABIT: GIESSKANNEN-EINSATZ AM 2. JUNI

Am Dienstagvormittag war die Öffentlichkeit von allen in Moabit stattfindenden Prozessen weitgehend ausgeschlossen. Starke Polizeikräfte riegelten den Haupt- und Nebeneingang ab - und ließen auch Passanten auf der Turmstraße nicht am Gerichtsgebäude vorbeigehen. Im Gebäude waren ebenfalls Polizeieinheiten postiert. Zu dieser Polizeiaktion kam es, als zu Beginn des Prozesses gegen den Perser Varzandeh vor dem Zuschauerraum ein starkes Gedränge beim Einlaß entstand. Etwa ein Dutzend Polizisten waren schon vor Einlaß der Zuhörer im Zuhörerraum postiert. Die teilweise brutal auf die Straße abgedrängten Demonstranten riefen in Sprechchören: "Öffentlichkeit". Der Prozeß gegen Varzandeh wurde auf unbestimmte Zeit ausgesetzt, weil die Übersetzung der Anklageschrift ins Persische durch einen vom Gericht bestellten Dolmetscher sich als unverständlich erwies. Bei einer Rückübersetzung ins Deutsche ergaben sich Formulierungen wie: "Er gab Feuer anzündende Reden von sich", "aus der Erde wuchsen Plakate", "er stand auf dem Gesicht", "der Zeuge hörte den Befehl hinter einer Gießkanne" (wohl Wasserwerfer). Die Verletzung des Beamten durch einen Stein beim Wasserwerfer-Einsatz wird so wiedergegeben: "Während an dem linken Jochbein des Zeugen Becker eine Gießkanne angebracht war, kam ein Pflasterstein in der Mosaikstraße". Das Gericht will durch Sprachwissenschaftler feststellen lassen, ob diese Übersetzung tatsächlich das Verständnis des Angeklagten beeinträchtigt. Der Perser ist angeklagt, am 2. Juni 1967 durch rhythmischen Klatschen "als Führer einer Verschwörung in einer Bande teilgenommen zu haben" (so die Übersetzung). Im Laufe dieses Prozesses glaubt Rechtsanwalt Mahler durch zahlreiche Zeugen, auch aus den Reihen der Polizei, nachweisen zu können, daß die ersten Steinwerfer am 2. Juni Polizisten waren. Die Reaktion der Varzandeh-"Bande" mit Sprechchören wie "Notstandsübung" sei als Reaktion auf unberechtigte Polizeiattacken eine vom Gesetzgeber erlaubte Spontandemonstration gewesen. - Im Prozeß gegen Fritz Teufel u. a. (siehe Seite 7) wurde gegen Teufel ein Urteil von sieben Monaten, gegen Gebbert und Schlotterer von je fünf Monaten Gefängnis gefällt. Insgesamt erhielt Teufel 12 Tage Haft als Ordnungsstrafe an diesem Verhandlungstag.

## HANNOVER: APO VERLANGT RÜCKZIEHUNG DER OLYMPIA-MANNSCHAFT

Der Club Voltaire in Hannover hat in einem Schreiben das Nationale Olympische Komitee der Bundesrepublik aufgefordert, die westdeutsche Olympiamannschaft aus Solidarität zu den demonstrierenden mexikanischen Studenten zurückzuziehen. Um die für die Durchführung der Spiele statutengemäß erforderliche Ruhe herzustellen, sei das Opfer von Menschenleben zu hoch. Die Durchführung der Spiele werde von der mexikanischen Regierung als ein mit Kapitalinteresse verbundenes nationales Prestige erachtet; dazu würden rücksichtslos Polizei und Militär eingesetzt. Das habe nichts mit Olympia als "Treffpunkt der Weltjugend" zu tun.

## VIETNAM: FREIE STATION DES RUNDFUNKS ETABLIERT

Seit einigen Tagen sendet aus einem befreiten Stadtteil der südvietnamesischen Hauptstadt Saigon eine Rundfunkstation der Befreiungsfront FNL. Der transportable Sender strahlt zwei- bis dreimal täglich aktuelle Berichte von maximal 15 Minuten aus.

## VIETNAM: HINTERGRÜNDE EINES GEFANGENENAUFSTANDES

Am 18. September (EXTRA-Dienst 75/II) berichteten wir über einen Gefangenenaufruch im "Long Binh Jail" (LBJ), der in den meisten westdeutschen und allen Westberliner Zeitungen verschwiegen wurde. Die Meldung endete mit: "Der hier wörtlich zitierte AP-Bericht sagt nichts über die Ursachen der Gefangenenrevolte". Die Ursachen wurden inzwischen, durch einen Bericht des US-Magazins "Newsweek", bekannt. Danach begann der Aufruhr durch einen Streit zwischen farbigen und weißen Gefangenen. Die weißen Wachsoldaten griffen, offenbar zugunsten der weißen Gefangenen, ein. Die 220 Rebellen, 217 Neger und 3 Puertoricaner, wurden von den übrigen Gefangenen nach der Niederschlagung der Revolte getrennt. Die Farbigen zogen daraufhin ihre Uniformen aus, die sie auch im Gefängnis tragen, und bekleideten sich "afrikanisch" mit Decken und Tüchern, einige liefen nur mit einem Lendenschurz bekleidet herum, um auf diese Weise gegen die weißen Amerikaner zu protestieren. Der Lagerkommandant zog Armeepsychologen zu Rate, die herausfanden, daß die Neger nichts anderes wollten als "heraus aus der Armee und heraus aus Vietnam".

---

## VERANSTALTUNGEN (REPUBLIKANISCHER CLUB)

MITTWOCH, 9.10., 20 Uhr: Informationsveranstaltung über Cuba. Es sprechen Mitglieder der SDS-Delegation, die im August in Cuba war.

DONNERSTAG, 10.10., 20 Uhr: Informationsveranstaltung über Mexico. Es sprechen Ignatio Sotelo und andere.

FREITAG, 11.10., 20 Uhr: "Revolution oder Konterrevolution in der CSSR?" Es sprechen Manfred Bissinger vom Hamburger "stern" und der ehemalige Chefredakteur von "Rude Pravo", Petrma. Endgültige Zusage der Referenten liegt noch nicht vor. Um Nachfrage im RC wird gebeten.

SONNABEND, 12.12., 20 Uhr: "CSSR - Modell oder Episode?" Es spricht Franz Marek (Wien), Chefredakteur der österreichischen KP-Zeitschrift "Weg und Ziel".

## ARBEITSKREISE IM RC

DONNERSTAG, 10.10., 20 Uhr: Es konstituiert sich der Arbeitskreis Lehrlinge, Kontaktadresse: Hartwig Marx, 1 Berlin 19, Gardes-du-Corps-Straße 4 (Telefon 305 41 56).

SONNABEND, 12.10., 17 Uhr: Jugendgruppe des Arbeitskreises Agitprop. Kontaktadresse: Horst Volgmann, 1 Berlin 30, Regensburger Straße 9.

## HINWEISE

MITTWOCH, 9.10., 11 Uhr: Feierliche Übergabe des Steglitzer Klinikums in der Kongreßhalle (Bus A 69). - 14 Uhr: Exklusive Begehung des Klinikums durch die Ehrengäste, Hindenburgdamm 130 (Bus A 84).

## STRAFANSTALT TEGEL: KORRUPTION UND REPRESSION / VON C. L. GUGGOMOS

In der Haftanstalt Tegel rumort es. Das hat, wie uns scheint, vornehmlich drei Gründe. Der erste: Jede Haftanstalt, also auch die in Tegel, produziert menschenunwürdige Zustände. Der zweite: Die Produktion an Inhumanität, Korruption und Repression in der Haftanstalt Tegel ist größer als anderswo. Und der dritte: Tegel liegt in Westberlin, der Hauptstadt der Revolte gegen die permanente Verletzung der Menschenrechte und der Menschenwürde durch diese unsere kapitalistische Gesellschaft.

Aufbegehren gab es schon immer in Haftanstalten. Neu an Tegel ist, daß dieses Aufbegehren nicht passiv ist, sondern aktiv - wenn man will: positiv und nicht negativ. Die Gefangenen bringen seit einiger Zeit eine Zeitung heraus. Bisher sind sieben Nummern erschienen. Ihr Inhalt ist konkret. Er richtet sich gegen Verhältnisse in der Anstalt. Was verlangt wird, ist Gehör.

Dieses Gehör wird nicht gegeben. Aber es muß verschafft werden. EXTRA-Dienst übernimmt das. Was hier zu lesen ist und noch zu lesen sein wird, wurde illegal aus dem Gefängnis geschmuggelt. Andere Wege standen nicht offen.

### EXTRA-REPORT

#### I. DER § 175 UND DIE HAFTANSTALT TEGEL

Der neue Entwurf für das Strafgesetzbuch soll davon ausgehen, daß der § 175, der gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Männern unter Strafe stellt, aufgehoben wird. Trotzdem sitzen noch heute in den Gefängnissen der Bundesrepublik und Westberlins Hunderte von "Hundertfünfundsiebzigern". Es gibt kaum Ernstzunehmende, die nicht der Auffassung sind, daß dieser Paragraph ganz in die Mottenkiste gehört. Aber noch besteht er. Paradox ist nur, daß die Homosexualität zwischen Männern - zwischen Frauen ist sie ohnehin erlaubt - außerhalb des Gefängnisses Tegel verfolgt und bestraft wird, daß sie innerhalb des Gefängnisses Tegel aber mehr oder minder legalisiert wird, daß man das Zusammenleben von Pärchen erlaubt, daß offenbar Wärter dieses Zusammenleben fördern, um Voyeur durch den Zellenspion spielen zu können.

Ein Fall. Der Mann G. (alle Namen sind der Redaktion bekannt) hatte ein homosexuelles Erlebnis, das der Staatsanwaltschaft bekannt wurde. Er erhält mehr als ein Jahr Gefängnis. Er kommt nach Tegel in eine Zelle, in der bereits D. (wegen Zuhälterei), L. (wegen Raubüberfall), O. (wegen Diebstahl), T. (wegen Fahren ohne Führerschein pp) und H. (wegen Meineid) einsitzen - man beachte die Zusammenstellung. Die meisten dieser Gefangenen sind natürlich nicht homosexuell. Sie würden, im Zweifelsfall, eine 40jährige Frau einem 18jährigen Strichjungen vorziehen. Nur: Bekommen Sie mal eine 40jährige in eine Tegeler Männerzelle. Also wird die Sexualität zum Spiel für diejenigen, die Macht haben und sie nutzen können. Oberaufseher, Aufseher, Unteraufseher - sprich Kalfaktoren. Als G. erzählt, weshalb er einsitzen muß, wird die Zelle munter. Man könne erreichen, daß ein Strichjunge in die Zelle verlegt wird. Der Hauptkalfaktor mache das - gegen Schmiergeld. G., unerfahren, erste Strafe, lehnt ab. Trotzdem wird einige Tage später der Gefangene S. in seine Zelle verlegt.

Es kostete, der Hauptkalfaktor hatte gerade gute Laune, nur zwei Päckchen Batavia-Tabak, ansonsten muß man für eine Verlegung vier Päckchen ausgeben. Nun sind natürlich Hauptwachtmeister und Wachtmeister nicht blind und taub. Im Gefängnis Tegel ist S. bekannt für seine homosexuellen Neigungen, er sitzt schließlich deshalb ein (genauer gesagt: wegen Nötigung und Erpressung im Zusammenhang mit § 175). Im Tegeler Bereich weiß man, daß S. bisher durch rund 40 Zellen ging und daß er dabei rund 60 gleichgeschlechtliche Beziehungen anknüpfte. Trotzdem: Über den Hauptkalfaktor wird S. in die Zelle von G. verlegt - die Gefängnisleitung, die über beide Bescheid weiß, nimmt an, die beiden werden Mensch-ärgere-dich-nicht spielen.

Aber nicht G. hat die Verlegung beantragt, sondern die anderen Gefangenen, vielleicht in der Meinung, man könnte jetzt leichter den S. bekommen, wo doch die Gefängnisleitung inzwischen weiß, daß jetzt G. bei ihnen sitzt. -

Nachdem S. eingewiesen ist, wird er mittels Kartenspiel "verlost". G. und der Gefangene D. beteiligen sich nicht daran, aus welchen Gründen immer. Seitdem gelten sie als suspekt. Aber trotzdem beginnt das, was der "stern" - hätte er diese Geschichte veröf-

fentlicht - vielleicht "das süße Leben von Tegel" nennen würde: Oraler und rektaler Verkehr zwischen S. und den anderen Gefangenen. Dafür werden die üblichen Abgaben entrichtet: Wurst und Margarine. Der Mann versteht es aber auch, seine Dienste Nicht-Zellengenossen anzubieten, und seine Zelle wird zu einer Art Bordell: Gefangene aus anderen Zellen lassen sich einschließen, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen (entweder sexuelle oder solche nach Brotbelag, je nachdem). Da die meisten Zellen in Haus II in Tegel mit einem Messer oder einer Gabel von außen zu öffnen sind - falls der Kalfaktor oder der Wachtmeister nicht allzu scharf hinschauen, steht dem nichts im Wege. Und wer schaut schon hin, wenn er "gutgesinnt" gemacht wird.

Damit wir uns recht verstehen: Wir haben nichts gegen die Befriedigung sexueller Bedürfnisse in Haftanstalten, ganz im Gegenteil. Die Insassen sollten ihre Frauen, Freundinnen und Freunde empfangen können. Aber wir haben einiges dagegen, daß in Tegel und anderswo Menschen gezwungen werden, für ihre sexuellen Bedürfnisse Abgaben zu entrichten, ihre Würde verkaufen müssen, sich und andere korrumpieren. Und wir haben etwas gegen die Scheinheiligkeit, die Menschen mit gleichgeschlechtlichen Neigungen aus dem öffentlichen Verkehr zieht und nach Tegel bringt, um ihnen dort - aus welchen Gründen auch immer; vielleicht: um "die Ordnung im Haus" aufrechtzuerhalten - homosexuellen Verkehr zu gestatten, zu ermöglichen.

## I. DIE GEWALTTÄTIGKEIT UND DIE OBRIGKEIT

Der Umstand, daß gleichgeschlechtliche Beziehungen zwischen Männern unter Strafe gestellt sind, fördert das Verbrechen. Das weiß die Soziologie so gut wie die Kriminologie. Ein Fall. Nach der Entlassung des Gefangenen T. - das ist der mit der Strafe wegen führungsscheinlosen Autofahrens pp - kam Ersatz in die Zelle: der Gefangene K. (er hat 5 Jahre wegen Raubüberfalls abzusitzen). K. wollte an S. nichts zahlen, er wollte S. umsonst. Am ersten Abend sollte S. bei ihm oral tätig werden. S. weigerte sich. K. bot ihm Schläge an. Als das nichts fruchtete, wurde S. eine Decke über den Kopf geworfen, er wurde auf einen Tisch gelegt, festgehalten, während K. ihn rektal vergewaltigte. S. schrie wie am Spieß - Vergewaltigung bei Männern ist nicht angenehmer als bei Frauen. S. wurde verprügelt. Der Gefangene G. "warf eine Fahne" (Fachausdruck für Benachrichtigung des Flurwachtmeisters durch Auswerfen einer Klappe an der Tür). K. und L. ließen von S. ab und stürzten sich auf die Gefangenen D. und G. Sie erhielten Ohrfeigen mit dem Hinweis, man würde sie kaltmachen, wenn sie dem Wachtmeister etwas erzählten, was den zu einer Meldung veranlassen müßte. Als der Wachtmeister erschien, schwiegen sie. Der Wachtmeister betrachtete den wimmernd in der Ecke liegenden S. - und gab ihm eine Schlaftablette.

Am nächsten Tag beantragten D. und G. sofortige Verlegung beim Hauptwachtmeister. Wie wir wissen, sind solche Verlegungen mitunter selbst Kalfaktoren möglich, wenn man sie mit Tabak bedenkt. In diesem Fall wurde sie von einer schriftlichen Meldung der ganzen Vorfälle abhängig gemacht, gleichzeitig wurde aber die Verlegung in ein anderes Haus (die die beiden wegen ihrer persönlichen Sicherheit forderten) abgelehnt. Sie blieben weitere zwei Monate in dieser Zelle.

Einige Tage später ein neuer Vorfall. Der unwillige Gefangene S. wird von K. und L. nackt ausgezogen, geknebelt und auf den Tisch gefesselt. Er wird vergewaltigt, wehrt sich, wird geschlagen, erhält eine offene, blutende Wunde am Kopf. Wieder "wird eine Fahne geworfen", wieder geht es zum Hauptwachtmeister, wieder wird eine schriftliche Meldung gefordert, anstatt sofort eine Untersuchung einzuleiten; dem bedrohten und deshalb schweigenden S. wird geglaubt, er habe sich die Wunde durch einen "unglücklichen Sturz auf die Heizung" zugezogen.

K. hat inzwischen eingesehen, daß S. zu weiterem Lustgewinn wenig taugt. Er erreicht auf dem üblichen Bestechungswege, daß sein Freund P. - den er im Gefängnis Krankenhaus kennengelernt hat - in die Zelle verlegt wird. Jetzt kommt es zur Rivalität zwischen L. und K. um den P. Der Gefangene K. prügelt sich einige Male mit L., läßt ihn dann aber verlegen. P. und K. beginnen ein eheähnliches Verhältnis, das dazu führt, daß S. nun vom sexuellen Objekt zum ökonomischen wird: Die beiden "streichen" S. den Einkauf, das heißt, sie kassieren, was er sich besorgen läßt. Als S. protestiert, wird er zusammengeschlagen. Er erleidet einen Kieferbruch. Der ist nicht zu übersehen. Der Sanitäts-

wachtmeister registriert die Verletzungen und veranlaßt Verlegung. Das Gefängnispersonal, das die Vorgänge bis ins Detail kennt, legt S. nahe, eine Strafanzeige zu schreiben. Aber beim gemeinsamen Rundgang im Hof sagt k. dem S., er werde dafür sorgen, daß er lebendig das Haus nicht verlasse, wenn er plaudere. S. schweigt. Der Sanitätswachtmeister und der Hauptwachtmeister Fritsche schreiben eine Meldung. Aber es geschieht nichts.

Wie gesagt: Es geht nicht um die Denunzierung homosexueller Betätigung im Gefängnis. Aber das offiziell illegale Zusammenleben fördern, damit Geschäfte zu machen, das ist schlichtweg Begünstigung im Amt und beinhaltet ein halbes Dutzend anderer Straftaten.

### III. METHODEN DER REPRESSION

Viel strenger nämlich versteht die Gefängnisleitung vorzugehen, wenn nicht Körperverletzung und Totschlagsandrohung zur Debatte stehen, sondern das, was sie "Gefängnisordnung" nennt. Wenn beispielsweise die bürokratische Ordnung in Tegel durch Flugblattzeitungen gestört wird, auf denen Gefangene gegen die Zustände in der Haftanstalt protestieren.

Anfang September erschien die erste Knastzeitung, hergestellt auf Toilettenpapier, gesetzt mit einem Kinderdruckkasten. Auflage: 150 Stück. In der Zeitung hieß es: "Achtung! Achtung! Dies ist eine neue Stimme, die sich von nun an kritisch mit unserem derzeitigen 'Heim' beschäftigen wird. Wir hoffen, einigermaßen regelmäßig zu erscheinen und bitten deshalb alle, die sich dafür interessieren, sich einen Titel für diese Knastzeitung auszudenken. Sicherheitshalber müssen wir anonym bleiben. Die Auflage ist klein. Deshalb unbedingt weitergeben..."

Das löst umfangreiche Ermittlungen aus, ohne daß irgendeine "Meldung" gemacht wird. Gefangenen, von denen man Mitarbeit vermutete, werden von den Wachtmeistern Repressalien angedroht, beispielsweise die Sperrung des Einkaufs, Freistunde in Isolierung, neues Strafverfahren. Einige der unter Verdacht stehenden Gefangenen erklären dem Inspektor Wengler, es gehe bei dem Blatt doch nicht um Aufwiegelung, sondern einfach um Interessenvertretung, um den einzig möglichen Versuch, sich der Anstaltsleitung verständlich zu machen, die bisher ja Aussprachen abgelehnt habe. Die Antwort: Sowas hätten sie mal im "Dritten Reich" versuchen sollen - damals hätte man schon gewußt, was man mit ihnen machen würde.

Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Zeitung wird der 15. September, als anläßlich eines Gefangenenportfestes einige Zeitungen Gäste in die Hände gedrückt werden. Die Antwort ist eine dreimal am Tag wiederholte Ansprache des Gefängnisleiters Dr. Glaubrecht am 20. September, in dem kollektive Strafen angedroht werden, wenn nicht die "Schuldigen" sofort gemeldet würden. Die Denunziationsaufforderung bleibt ohne Erfolg. Die Recherchen, in die sich auch die Staatsanwaltschaft einschaltet, ebenfalls. Die Folge ist Erregung und Hektik: Am 23. September wird auf Flur 2 in Haus II der Häftling R., der nach einem Nervenanstfall zum Sanitärer will, von drei Wachtmeistern grundlos zusammengeschlagen. Dafür gibt es zwei Zeugen.

### IV. MATERIELLE AUSBEUTUNG

Die Liste der Dinge, über die die Häftlinge mit ihrem Direktor verhandeln wollen, ist lang. Dabei geht es durchaus nicht, wie Gefängnis-Kundige vielleicht meinen mögen, um die "üblichen Wehwechen der Knastologen". Man weiß um die Ausbeutung der Arbeitskraft der Gefangenen, die für ihre Arbeitsleistung einen Spottlohn erhalten, während die Anstaltsverwaltung die Arbeit ihrer Gefangenen auf dem freien Markt zum Marktpreis verkauft. Man weiß weniger um die noch weitergehende Ausbeutung. Selbst die kleinen Geldbeträge, die den Gefangenen zustehen, werden noch verkürzt, indem ihr "Einkauf" durch eine Privatfirma monopolistisch abgewickelt wird, die für ihre Waren weit über dem üblichen Ladenpreis liegende Summen verlangt und einstreicht. Beispiele: 50 Gramm Pulverkaffee mittlerer Sorte kosten im Laden 2.75 DM, für Tegels Häftlinge 3.01 DM; fetter Speck kostet im Laden pro 125 Gramm 50 Pfennig; in Tegel DM 1.10; Pflirsiche kosteten Anfang September im Laden pro Pfund DM 0.65, in Tegel DM 1.05. Tabak wird zwar zu Ladenpreis geliefert, aber nur in so geringen Mengen, daß ein üppiger Schwarzer Markt entsteht, um der Nachfrage gerecht zu werden. Das Päckchen Tabak, das offi-

ziell DM 1.50 kostet, wird auf dem Schwarzen Markt zu DM 5.00 gehandelt, 50 Gramm Kaffee zu DM 10.00.

Im Schnitt dürfen die Gefangenen für DM 13.00 im Monat einkaufen. Man vermag sich den Umfang des Schwarzen Marktes vorzustellen. Zentren sind dabei die Zellen der Kapos, der Kalfaktoren, meist Leute mit langen Strafen, deren sich die Gefängnisverwaltung bedient, um "Ruhe und Ordnung" sicherzustellen, und die mit allen Mitteln der Nötigung, Korruption und Erpressung arbeiten, unter den Augen und mit Wissen vieler Wachtmeister. In den Kalfaktoren-Zellen befindet sich manchmal Bargeld in Höhe von 1000 DM, manchmal Warenlager im Wert von 500 DM. Wachtmeister werden teilweise bestochen, teilweise von Schwervkriminellen bedroht, um Ware ins Gefängnis zu bringen. Das Sich-Ducken des Wachpersonals vor körperlich stärkeren oder kriminell-intelligenten Häftlingen provoziert gleichzeitig Brutalität und Repression gegenüber körperlich schwachen oder ungeschickten Häftlingen.

Insofern ist die Haftanstalt Tegel ein geschlossenes Spiegelbild der offenen kapitalistischen Gesellschaft.

EXTRA-KRITIK

### FESTWOCHE IN MOABIT / VON MARTIN BUCHHOLZ

Der Zuhörerraum und die Pressebänke waren wieder einmal dicht besetzt: Die scheinivilen Beamten der politischen Polizei hinter der Barriere und die Gerichtsberichterstatter davor hatten sich einen vergnüglichen Vormittag versprochen. Fritz Teufel hatte als Hauptakteur schon in der vergangenen Woche die bürgerliche Presse zu Ovationen hingerissen: "Der Abend" bescheinigte ihm sogar in seiner Prozeß-Kritik das Format eines "Eulenspiegel". Er war über Nacht zum verhätschelten Hofnarren der Hinterhofjournaille geworden, nachdem es zu einem vermeintlichen Eklat zwischen ihm und Mahler gekommen war.

In der zweiten Vorstellung am Montag fiel Teufel plötzlich aus der Rolle. Er wurde wieder politisch unbequem, weil er so ehrenwerte Zeugen wie den Parlamentspräsidenten Walter Sickert und einen Pfarrer der Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche mit Fragen vergnatzte. Es hagelte Ordnungsstrafen: Der Vorsitzende, der sich zuerst als der gütige, verständnisvolle Schmunzler präsentiert hatte (ein idealer Darsteller des Heinz-Rühmann-Genres!), zeigte seine Wandlungsfähigkeit. Am Montag versuchte er es in Heinrich-George-Pose: Manneszorn im Brauseblick, Donnerfaust der Gerechtigkeit. Die Angeklagten wurden niedergebrüllt, weil ihre Fragen nicht ins Konzept paßten; Teufel mußte zeitweilig sogar aus dem Gerichtssaal verschwinden; die beiden anderen APO-Bösewichter, Gebbert und Schlotterer, zogen schließlich von selbst ab. Ohnehin waren die Angeklagten nur noch Komparsen eines Schmierens-Theaters: Ihre Rollen sind unwichtig im Stück, bestenfalls dürfen sie als Stichwortgeber agieren. Das Ende des Stückes steht ohnehin schon fest. Schlotterer sagte das auch dem Vorsitzenden. Der protestierte: Noch sei das Urteil nicht gefällt, es hänge auch vom Verhalten der Angeklagten ab. Also: Wer aus der Rolle fällt, muß im Knast nachsitzen.

Trotz der strengen Regie des Vorsitzenden kam es gelegentlich zu improvisierten Szenen. So wunderten sich die Angeklagten Gebbert und Teufel, warum der Zeuge Sickert erst Monate nach dem Rathaus-Go-in Strafanzeige erstattet habe. Sickerts Antwort: Er habe erst das Material der Staatsanwaltschaft sichten wollen. Teufel wunderte sich noch mehr: Er habe noch nie Material der Staatsanwaltschaft sichten dürfen, wenn er Anzeige gegen Polizisten erstatten wollte. Meist habe er nicht einmal nach solchen Anzeigen etwas von der Staatsanwaltschaft gehört. Der Staatsanwalt protestiert grinsend: Das stimmt nicht. Teufel habe jeweils Haftbefehle bekommen - gegen ihn selbst. Fritz wundert sich nicht mehr, stellt aber den "beispiellosen Zynismus" dieser Antwort fest. Das läßt der Richter ohne das vorherige Wortgeplänkel im Protokoll festhalten und erteilt eine Ordnungsstrafe von zwei Tagen Haft.

Als ein Pfarrer über die Sylvester-Zwischenfälle in der Gedächtniskirche aussagt, erinnert ihn Teufel an den Anlaß dieser Provokation: Daß nämlich ein Demonstrant am Heiligabend in derselben Kirche mit einem Krückstock zu Boden geschlagen worden sei, weil er einem Mädchen helfen wollte, das wegen ihrer Forderung "Frieden in Vietnam" eben-

falls verprügelt wurde. Teufel nennt eine Gemeinde, "in der so etwas passiert", eine "verrottete Gemeinde". Der Richter wertet das als Beleidigung des Herrn Pfarrers und erteilt wieder Ordnungsstrafe. Im Protokoll läßt er unwidersprochen festhalten, Teufel habe die Kaiser-Wilhelm-Gedächtnis-Christen als "verrottete Gesellschaft" bezeichnet. Auf diese Weise kann kein Satz der Angeklagten zu Ende formuliert werden. Jede Frage wird schon im Ansatz als "nicht zur Sache gehörig" abgelehnt; schließlich wird Teufel ganz der Mund verboten. Er stellt völlig zu Recht fest, daß man in jedem Verfahren wegen krimineller Delikte nichts Wichtigeres zu tun habe, als das Motiv aufzuspüren, in jedem politischen Prozeß aber alles tut, die Motive der "Täter" zu verschleiern.

Da die Angeklagten ohne juristischen Beistand sind (ihr Anwalt, Mahlers Vertreter, glänzte während der ganzen Vernehmung Sickerts und anderer Zeugen durch Abwesenheit), kann das Gericht mit ihnen nach Belieben umspringen. Sie haben nur noch das Recht, sich verurteilen zu lassen.

Ein Schauerstück fürwahr, das da auf dem Spielplan in Moabit steht. Seit Titel: "Klassenjustiz". Daß es dem breiten Publikumsgeschmack zusagt, dafür sorgen schon die Herren Rezensenten in unseren Zeitungen.

Dieser Montagvormittag allerdings übertraf fast alles, was man bisher auf dieser Bühne zu sehen gewohnt war. Man hätte den Ort der Handlung ohne große dramaturgische Veränderungen ebensogut nach Athen oder Seoul verlegen können. Der Unterschied wäre kaum aufgefallen. Den Festwochen der Politischen Justiz darf man in diesem Sinne durchaus internationales Format bescheinigen.

#### EXTRA-AUSLESE

NPD: "UNSERE REDAKTEURE MÜSSEN TÖNEN"

EXTRA-Dienst beendet heute seine Auszüge aus dem vertraulichen "Organisationsdienst für Vorstandsmitglieder" der NPD mit Anweisungen über Werbung für das NPD-Organ "Deutsche Nachrichten". Die ersten Teile aus dem Dokument hatte EXTRA-Dienst in seinen Ausgaben 78/II und 79/II veröffentlicht:

#### GRUNDSÄTZLICHES ÜBER 'DEUTSCHE NACHRICHTEN'

"Das entscheidende Hilfsmittel für den Aufbau und für die Verbreitung der Ziele der NPD ist die Wochenzeitung "Deutsche Nachrichten". Mit dem richtigen Einsatz der "DN" werden praktisch viele Hürden, die uns behindern, überwunden. Oft gehen unsere Verbände bei der Beurteilung der "DN" von verkehrten Voraussetzungen aus. Man ist der Meinung, daß die "DN" genauso wie jede andere Zeitung im Umfang und auch im Inhalt gestaltet werden kann, und vergißt dabei, daß die Herausgabe der "DN" in redaktioneller und i. wirtschaftlicher Hinsicht unter besonderen Gesichtspunkten erfolgt.

Rein redaktionell muß berücksichtigt werden, daß uns für die Arbeit der Redaktion nicht annähernd jene Mittel zur Verfügung stehen, die im allgemeinen Redaktionen zugebilligt werden müssen. Man kann davon ausgehen, daß die DN-Redaktion mit 25 % des personellen Einsatzes vom üblichen auskommen muß, und daß die Kräfte innerhalb der Redaktion auch informationsmäßig nicht das zur Verfügung haben, was bei anderen Redaktionen gegeben ist: nämlich fertig verwendbares Informationsmaterial. Es gibt in Deutschland keinen Nachrichtendienst, der von der "DN" unmittelbar ausgewertet werden kann. Unsere Redaktion ist mit ihren Mitarbeitern verpflichtet, alles Material, was über die einschlägigen Dienste angeliefert wird, umzuarbeiten, um demselben die Tönung unserer politischen Auffassung zu geben...

#### DN - WERBUNG IN NPD - VERANSTALTUNGEN

Es ist zu bedenken, daß jede NPD-Versammlung nur dann zu einem vollen Erfolg werden kann, wenn die Besucher der Veranstaltung, von den Ausführungen der eingesetzten Redner beeindruckt, anschließend durch die "DN" und sonstige Druckerzeugnisse laufend mit unserem politischen Anliegen und unserer Arbeit vertraut gemacht werden.

Vor, während und nach NPD-Veranstaltungen sollte eine vollkommene "DN"-Werbung durchgeführt werden...

## BERICHTERSTATTUNG MIT POSTKARTEN

Bei der Berichterstattung über die Veranstaltungen der NPD kommt es nicht so sehr auf die Länge der Berichte an, die bei ihrer Niederschrift viel Zeit beanspruchen und dadurch an Aktualität verlieren. Die Vielzahl kurzer Meldungen läßt erst in der Zusammenstellung so richtig erkennen, welche Dynamik in den Kreisverbänden herrscht.

Auf der Rückseite einer Postkarte kann man zum Beispiel in Stichworten sehr viel unterbringen, wenn man nach folgenden Gesichtspunkten "berichtet":

1. Tag und Uhrzeit
2. Ort der Veranstaltung mit Angabe von Landes- und Kreisverband
3. Veranstalter
4. Was wurde veranstaltet
5. Redner und Thema
6. Besucherzahl
7. evtl. Verhalten der pol. Gegner
8. evtl. noch einen Kernsatz, der das Thema des Redners besonders kennzeichnet.

Mit diesem Rohmaterial läßt sich in der Redaktion gut arbeiten, und der Berichterstatte der "DN" kann unmittelbar nach Schluß der Veranstaltung seinen "Kurzbericht" bei der Bahnpost oder am Postwagen auf dem Bahnsteig aufgeben.

Auch Schriftleiter der lokalen Presse sind (nach Vereinbarung) für solches Nachrichten-Rohmaterial dankbar, da sie nicht immer Zeit haben, einen ganzen Abend für eine einzige Veranstaltung zu verwenden.

Diese Art von kleinen Dienstleistungen kann auch im Laufe der Zeit zu einer verständnisvollen Zusammenarbeit mit der örtlichen Presse führen.

## ANSPRACHE ZUR WERBUNG FÜR DIE DEUTSCHEN NACHRICHTEN IN EINER NPD-VERSAMMLUNG

Meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Sie werden aus den Ausführungen (des Redners) entnommen haben, daß es sich die NPD zur Aufgabe gemacht hat, das auszusprechen, was Millionen denken und fühlen. Wir können ohne Überheblichkeit feststellen, daß die Nationaldemokraten von unserem Volk verstanden werden.

Wenn Sie, meine Damen und Herren, mit unseren Absichten und Zielen übereinstimmen oder sich angesprochen fühlen, dann sollten auch Sie ein Träger unserer Auffassungen und Vorstellungen werden.

Damit Sie sich einerseits ständig über die Aussagen der NPD unterrichten können und andererseits in die Lage versetzt werden, die Stellungnahmen der Nationaldemokraten zu den brennenden Fragen unserer politischen Gegenwart kennenzulernen und weiterzugeben, möchten wir Sie herzlich zum Bezug unseres Organs, der "Deutschen Nachrichten" (Exemplar hochhalten) einladen. Die "Deutschen Nachrichten" sprechen das aus, was andere Publikationsorgane bewußt verschweigen.

Sie erscheinen wöchentlich in einem Umfang von 10-12 Seiten und bieten Ihnen, was Sie in anderen Blättern vielfach vermissen müssen.

Vor Ihnen auf den Tischen liegen (blaue) Gutscheinkarten, die Ihnen - falls Sie sich noch nicht für eine Bestellung entschließen können - den kostenlosen Bezug der "Deutschen Nachrichten" für einen Monat ermöglichen.

Gleichzeitig lassen wir jetzt Listen herumreichen, auf denen Sie sich für den Bezug der Zeitung zum monatlichen Bezugspreis von DM 3.00 einschließlich der Zustellung eintragen können. Werden Sie Leser der "Deutschen Nachrichten" und fördern Sie damit zugleich auch unsere Arbeit... "

EXTRA-DOKUMENTATION

## WOLFGANG FRITZ HAUG: DAS ENDE DES HILFLOSEN ANTIFASCHISMUS

In der eben jetzt erschienenen Ausgabe der "werkhefte" veröffentlicht Dr. Wolfgang Fritz Haug ein "Nachwort" zu seinem 1967 herausgegebenen Buch "Der hilflose Antifaschismus". Wir danken dem Autor für die Genehmigung eines Faksimile-Nachdrucks (auf Seite 10/11): Das "Nachwort" ist einer der wesentlichsten Beiträge zur neueren Faschismus-Diskussion, wobei Haug auch die Begriffsverwirrung um den "linken Faschismus" klärt.

## Das Ende des hilflosen Antifaschismus

Seit der Abfassung meiner Schrift »Der hilflose Antifaschismus« hat die Situation sich entscheidend geändert. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik entwickelte sich, einhergehend mit einer Wirtschaftskrise und der vorsorglichen Verkündung diktatorischer Machtsicherungsgesetze, eine radikaldemokratische Massenbewegung, die zwar im wesentlichen auf Studentenschaft und weitere Jugend beschränkt und deshalb in der ohnmächtigen Schwächeposition einer »radikalen Minderheit« isoliert blieb, die aber zumindest den Schein einer revolutionären Bewegung hervorbrachte. Sie richtete Zeichen auf durch Akte, die revolutionäre Gewalt und Vergesellschaftung zwar nicht realisierten, aber doch symbolisierten. Durch diese Bewegung, die mit Antifaschismus ernst machte, ward das Syndrom des »hilflosen Antifaschismus« auf die Probe gestellt, und es hat diese Belastung nicht überstanden. Der Gegenstand unserer Untersuchung gehört der Vergangenheit an, seine Analyse wurde zum Nachruf. Um seine Hinterlassenschaft und den Vorgang seiner Auflösung verstehen zu können, empfiehlt sich ein kurzer Rückblick auf die Befunde der Untersuchung.

Anhand einer Reihe akademischer Texte über Wissenschaft und NS sollte ein Stück offizieller »demokratischer« Selbstlegitimation der westdeutschen Gesellschaft einem Test unterzogen werden. Die Analyse erbrachte einen chaotischen Befund konkurrierender Erklärungs-schematismen, Motive und Heilmittelangebote. Brachte man diese chaotischen Stücke miteinander in Kontakt, so ergab sich eine wechselseitige Neutralisierung; die konkurrierenden Meinungen hielten einander in Schach. Aus diesem Durcheinander war folglich kein Konsens zu erwarten, aus dem ein Faktor politischer Mächtigkeit sich hätte konstituieren können. Daneben zeigten sich einige Tendenzpunkte, in denen die im übrigen divergierenden Texte mehrheitlich konvergierten. In ihnen waren die Angelpunkte zu vermuten, um die zukünftige Entwicklungen sich drehen würden. Als die beiden dominierenden Tendenzpunkte erschienen »Antikommunismus« und »Rückzug in reine unpolitische Wissenschaft«. Das durch diese beiden per Kumulation maximierten Tendenzen beherrschte Syndrom konnte »hilflos« genannt werden, wenn man es unter dem doppelten Aspekt seines Anspruchs auf kritische Erkenntnis und realitätsfähige politische Abwehr des Faschismus betrachtete. »Hilflos« hieß: dieser verbale Antifaschismus wird keiner Belastungsprobe standhalten. Der Fall ist überraschend schnell eingetreten. Die Momente, die unsere Analyse in Latenz zeigte, sind in Aktualität übergegangen. Die Umpolung des »hilflosen Antifaschismus« auf Antisozialismus, der sich immer unvertellter als Frontstellung gegen Demokratisierung schlechthin zeigt, hat sich inzwischen in hohem Maße vollzogen.

Der hilflose Antifaschismus beruhte auf einem spezifischen Gemisch progressiver und konservativer, ja reaktionärer Komponenten. Die progressiven Bestandteile waren entweder nur opportunistisch vorgeschoben oder sie waren ehrlich zwar, aber zu schwach. Für den Rückzug aus der umkämpften Zone Demokratisierung versus Faschisierung, der unterm Druck der Studentenbewegung erfolgte, bahnte das Gleichsetzungstheorem den Weg, das die Gleichsetzung nie so ernst wie den Antikommunismus nahm.  erlaubte schon immer, die Position eines formalen Antifaschismus einzunehmen und doch zugleich funda-

mentale Tendenzen des Faschismus fortzusetzen. Auch die neue Wendung behält den formalen Antifaschismus bei. Als die Studenten die für sie ungünstigen »Spielregeln« durchbrachen, um mit der Demokratisierung ernst machen zu können, wurden sie denunziert als »Linksfaschisten«. Das Wort vom »linken Faschismus«, in internen Richtungskämpfen auf der Linken geboren und dort wesentlich anderes bedeutend\*), machte im Kampf gegen die Studentenbewegung rasante Karriere. Es war, als hätten die unterschiedlichsten »Ordnungskräfte« nur auf diese Abschiebungsparole gewartet. Binnen weniger Wochen wurde sie zur Generallinie, auf der sich Staats- und Universitätsregimen, Meinungsinindustrie, Sozialdemokraten, Liberale, Christlich-Konservative, ehemalige Nazis und Neofaschisten vereinigten.

Die Bündniskraft, die von dieser Parole unter Beweis gestellt wurde, verlangt nach Erklärung. Einen Zugang zur Erklärung bietet das latente Potential, das die Analyse des »hilflosen Antifaschismus« zutage gefördert hat. »Linksfaschismus« zieht die Gleichsetzungsformel »rot = braun« vollends in einen Namen zusammen und richtet ihn nurnmehr gegen die radikale Linke. Jetzt wird der effektive Gehalt des »hilflosen Antifaschismus« manifest, der diesen Namen — auch rückblickend — nicht mehr verdient. Eine Analyse der neuen Parole vermag ein Licht zurückzuwerfen auf das Phänomen, dessen Zersetzungsprodukt sie ist und dessen Nachfolge sie angehtreten hat. Zur besseren Vergleichbarkeit wählen wir ein Beispiel aus den Universitätskonflikten in Westberlin; das Beispiel datiert von Anfang Februar 1968, wenige Wochen vor dem Internationalen Vietnam-Kongreß, der zu Auseinandersetzungen führte, die aussahen, als stünde ein Bürgerkrieg bevor.

Als Studenten der Freien Universität ihrer Forderung auf Öffentlichkeit der Sitzungen der Philosophischen Fakultät dadurch Nachdruck verliehen, daß sie schließlich die Tür zum Sitzungsraum der Hohen Fakultät eindrückten, gab der Rektor folgende öffentliche Erklärung ab: »Erstmals in der Geschichte der FU sind Studenten zu brutalem Terror übergegangen. Eine eingeschlagene Tür sowie beschmierte Wände sind als beschämender Tatbestand zurückgeblieben, der an die schlimmsten Zeiten deutscher Vergangenheit erinnert. Auf diesem Wege haben sich SA-Männer Zutritt in die Wohnungen jüdischer Mitbürger verschafft, nach derselben Weise wurde 1948 durch kommunistische Betriebskampfgruppen das Berliner Rathaus gestürmt.« Der Versuch der Studenten, Diskussion gewaltsam zu erzwingen, müsse »eindeutig an faschistische und kommunistische Methoden unserer deutschen Vergangenheit erinnern«.

Der Rektor hat die bürgerlichen Methoden von 1848 wohlweislich ebenso verdrängt wie die Methoden des 20. Juli 1944 oder anderer Anlässe für Feiern in der Paulskirche. Er exerziert blindlings nach, was ihm Meinungsinindustrie und bundesrepublikanisches Ritual und — diesmal nun wirklich! — das Ministerium für Volksaufklärung und Propaganda vorverziert haben: wie man bloß noch mit Reizauslösern hantiert. Die formale Analogie, die von historischen Inhalten absieht, rationalisiert dieses Verfahren, Demagogie als Massenartikel herzustellen.

Es ist viel zu wenig, die Feststellung zu treffen, daß auch diese Gleichsetzung nichts mit Wissenschaft und alles mit Manipulation zu tun hat. Festzuhalten ist der unglaubliche Zynismus, der die Plünderung, Folterung, Verschleppung und genießerisch langsame Tötung der europäischen Juden gleichsetzt mit der kurzen Unterbrechung einer Fakultäts-

\*) Auf der Linken notierte der Begriff die verständnislose Überraschung, in eigenen Reihen ideologischen Denkformen zu begegnen, die man im philosophischen Oberbau des Faschismus zu finden gewohnt war. Gemeint ist etwa eine sehr starke Betonung der subjektiven Selbsttätigkeit, die Rede vom »sich selbst setzenden revolutionären Subjekt«, ein Moment von Theoriefindung bei gleichzeitigem Taktik, ein Felisieren des biologischen Faktums »Jugend« und anderes von dieser Art. Nicht zuletzt wäre ein linker »Antikommunismus« zu nennen, der sich »antiautoritär« und »antibürokratisch« motiviert, gegen »Organisation«, »Leistungsprinzip«, »Arbeitsteilung« etc agitiert und dem als »Konsumfaschismus« diagnostizierten »Bestehenden« ein radikal egalitäres distributionssozialistisches »Zitpathos« entgegensetzt. Dieser Motivatikatalog umreißt allerdings nicht »linken Faschismus«, wohl aber die eigene künftige Niederlage. Jedes dieser Motive bezeichnet eine Grenze der Bündnisfähigkeit.

sitzung durch ein Happening. Unglaublich auch ist es, keinen Unterschied bemerken zu wollen zwischen dem Einbruch in Wohnungen und dem demonstrativer Einbruch in ein öffentliches Gebäude, zwischen der Vernichtung der Privatsphäre und der Störung eines amtlichen Rituals. Offenbar faßt, wer so zu denken vermag, politische Macht und amtliche Befugnis als Teil der Intimsphäre oder als Privatbesitz der jeweils Herrschenden auf. Die politische Polizei, die unter belanglosen Vorwänden und oft ohne Einhaltung juristischer Formalitäten um vier Uhr morgens in die Wohnräume sozialistischer Studenten eindringt — wie seit Jahren in die Wohnungen von Kommunisten —, Hausdurchungen macht, einschüchtert, erpreßt, operiert unterm Schutz solcher Sprachregelungen. Als Terroristen darf man Leute bezeichnen, denen terroristisch begegnet wird.

Die altneuen Faschisten auch von der NPD griffen das von politisch wie wissenschaftlich offizieller Warte legitimierte neue Gleichsetzungswort begierig auf. Wenige Tage nach der zitierten Erklärung des FU-Rektors feierte die NPD in München ihren ersten Märtyrer, den bei der Störung einer antifaschistischen Kundgebung der Schlag getroffen hatte; »Carl Hofmann — ein Opfer des Linksfaschismus«, stand auf einer Kranzschleife. Die »Nationalen« verwenden das Wort seither mit Vorliebe. Daraus spricht eine wahrscheinlich beachtliche Selbstsicherheit. Sie sagen sich wohl, während sie den Antilinksfaschismus propagieren, daß Besitz und Macht im Ernstfall trotz aller wechselnd deutlichen Gleichsetzungen wieder zum Rechtsfaschismus sich formieren werden.

Das Reizwort »Linksfaschismus« verrät in verschiedenen Mündern unterschiedliche, ja gegensätzliche Bedeutungen. Bei regierenden Sozialdemokraten mag es die Angst signalisieren, sie würden von den Christlich-Konservativen, die die nationalen Töne noch immer besser beherrschen, von der Macht verdrängt — vielleicht sogar einmal im Bündnis mit der NPD. Ähnliche Ängste artikulieren sich in der etwas differenzierteren Inbezugsetzung fortschrittlicher Radikalität mit Faschismus: »Wenn die Bewegung der Studenten sich radikalisiert, wird die Gesellschaft mit Faschismus reagieren«. Bei den ökonomisch Mächtigsten mag ein ähnlicher Wink bedeuten: »Wenn Ihr unsrer Macht ernsthaft gefährlich werden, machen auch wir ernst. Ihr zwingt uns einfach, auf faschistische Herrschaftsformen zurückzugreifen.« Bei »Liberalen« aber, bei sozialdemokratischen zumal, mag der gleichlautende Satz wirklicher Angst entsprechen. Und diese Angst wäre nicht unbegründet. Denn der gegenwärtige Typus des »Sozialdemokraten« ist »nützlich« nur solange, als die Situation es ihm erlaubt, die Funktion eines relativ billigen Trägers zu erfüllen, der auf friedliche, den Schein wahrende Weise die Reproduktion des politisch-ökonomischen Systems gewährleistet, indem er unter anderem die Massen bei der Stange hält. Wenn die Massen sich radikalisieren oder wenn die Reproduktionsschwierigkeiten derart sind, daß ob ihrer Lösungsversuche die Sozialdemokraten ihre Massenbasis verlieren, wird ihnen der Laufpaß gegeben.

Wenn unabhängige »Liberales« oder wenn linke Gewerkschafter die Befürchtung äußern, die linke Bewegung könne die Elite von Besitz, Macht und Manipulation zum Zurückschlagen provozieren, so ist diese ihre Befürchtung für sie selber wahrhaft begründet; denn diesesfalls können auch sie es sein, die in die Lager gesteckt werden. Die Verbindung aber, die sie zwischen linker Bewegung und möglicher offen faschistischer Reaktion herstellen, ist richtig und verkehrt zugleich. Der Ausgang hängt nicht zuletzt von ihrem Verhalten ab. Würden sie nämlich, statt bloß vor den Folgen, die sie mitbringen, zu warnen, dem präventiven Kampf gegen diese Folgen, der nur der Kampf für eine sozialistische Demokratie sein kann, sich anschließen, könnten sie ruhiger sein. Diese Art von paralyisierender Angst, die oft nicht auseinanderzuerkennen ist von der von Staat und Gesellschaft honorierten Enttäuschung derer, die auch einmal an den Sozialismus geglaubt haben und ihn im Grunde noch immer schön fänden, aber keine Chance sehen, ihn zu verwirklichen, und deshalb gegen ihn arbeiten, — derartige Angst und Enttäuschung sind außerordentlich mächtige Trümpfe in der Hand derer, die wieder einmal daran interessiert sein könnten, den Faschismus gegen die Gefahr einer realen Demokratie auszuspielen. Die korrumpierte

Hoffnung solcher innerlichen Linken hat ihr Gegenstück im verzweifelt linken Radikalismus, der bei allen Anlässen — und oft nur bei psychischen Symptomen — Faschismusalarm gibt und jeden »Liberalen«, der sich auf seine Bedenken oder auch auf seine Privilegien zurückzieht, als Faschisten anprangert.

Worin besteht die faschistische Gefahr?

Wenn die kapitalistischen Besitz- und Verfügungsverhältnisse formaldemokratisch nicht mehr zu sichern sind oder wenn es dem formaldemokratischen System nicht mehr möglich ist, die sozialen und politischen Bedingungen den Erfordernissen des kapitalistischen Wertungsprozesses anzupassen, dann besteht ein systemimmanenter Faschismusbedarf. Sei es allein mit Hilfe von Armee und Polizei, sei es mit Hilfe einer paramilitärisch organisierten Massenbewegung, mit einem eigenen System von Terror und Belohnungen, wird nunmehr versucht werden, direkte Herrschaft anstelle der nicht mehr leistungsfähigen indirekten zu installieren und, auf der Grundlage eines neuen Klassenbündnisses, zu stabilisieren. Diese Möglichkeit und Gefahr verdient allein, Faschismus genannt zu werden. Begegnet werden kann ihr sehr wahrscheinlich am ehesten präventiv und vermittels eines umfassenden Bündnisses.

Der sozialdemokratische, die große Koalition motivierende und tragende Bündnistypus scheint in der unmittelbaren Gegenwart zunächst am effektivsten zu sein, weil er, im Zuge einer »linkskeynesianischen Orientierung«, die Faschismusanfrage gegenstandslos macht. Durch eine Reihe von Techniken zur politischen und ökonomischen Stabilisierung des Kapitalismus scheint dieses Bündnis den Faschismus als Mittel zur Erhaltung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse und zur Schaffung zureichender »effektiver Nachfrage« bei gleichzeitiger Disziplinierung der Massen zu erbringen.

Gegen diesen Schein sprechen zwei schwerwiegende Argumente. Erstens hält dieses Bündnis und funktioniert dieses politisch-ökonomische Rezept nur, solange der Verwertungsprozeß des Kapitals nicht ernstlich gestört ist, — wobei daran zu erinnern ist, daß dieser Prozeß selbst seine gefährlichste Störungsquelle ist und daß es bei steigender Produktivität immer schwieriger werden wird, diesem Prozeß einen ungestörten Ablauf zu gewährleisten. Bei ersterer Störung wird eine sozialökonomische Politik erforderlich, die nicht mehr vom selben Bündnis getragen bzw. ertragen werden kann. Zugleich sind die Trägermassen und ihre Führungsgruppen jetzt der Möglichkeit einer Umorientierung aller Wahrscheinlichkeit nach beraubt, und dies ist das zweite Argument. In einer derartigen Situation ist ein effektives Alternativbündnis gegen den Faschismus kaum mehr möglich. So ist zu befürchten, daß die sozialdemokratische Politik das Problem erstens bloß vertagt und zweitens es so lange vertagt, bis eine demokratisch-sozialistische Lösung unmöglich geworden sein könnte.

Wenn diese Überlegungen zutreffen, dann ist antifaschistische Politik nur auf der Grundlage eines sozialistischen Bündnisses realisierbar. Gegen faschistische Gewalt hilft nur revolutionäre Gewalt. Nur durch Vergesellschaftung der Wirtschaft, nur durch Ablösung des das System steuernden Kapitalprofits durch demokratische Planung ist der Systemgrund zu beseitigen, der ständig neuen Faschismusbedarf zugleich mit dem komplexen Potential an Verdummung und Aggression hervorbringt. Die lohnabhängigen Massen werden kaum denen folgen, die sie, unter den Fahnen höherer Ideen und Menschenrechte, die ihnen im Produktionsverhältnis wenig und nichts in der Arbeitslosigkeit bedeuten, gegen den Faschismus zwar, aber doch auch zurück in das alte Wirtschaftssystem und in die alte Angst um den Arbeitsplatz führen wollen. Wenn die Massen bei Faschismusgefahr zum Kampf aufgerufen werden und nur zu wählen haben zwischen Krise plus humanistisch-demokratischen Phrasen einerseits und faschistischer »Behebung« der Krise andererseits, dann wird der Faschismus sie nicht zu fürchten brauchen; er hat ihnen immer noch mehr zu bieten als bloß ewige Werte. Der Kampf gegen den Faschismus ist zu gewinnen nur als Kampf für den Sozialismus.

K R I T I S C H E   J U S T I Z

Vierteljahresschrift

Rechtsprechung und Rechtslehre behandeln Recht als ein Gebiet, auf dem allein immanent juristische Vernunft herrscht. Juristische Begriffe werden hingenommen, ohne sie auf ihre sozialen Inhalte und Funktionen zu prüfen. Dieser unkritischen Haltung ist gleichgültig, welche politische Position ein Gericht oder der Autor eines rechtswissenschaftlichen Beitrages uneingestanden einnimmt und unter welchen gesellschaftlichen Bedingungen juristisch gearbeitet wird.

Die "Kritische Justiz" soll Öffentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissenschaft, für die Aufdeckung des Bezugs zwischen Recht und Gesellschaft, seinen politischen und sozialen Implikationen. Die "Kritische Justiz" will nicht Recht und Justiz "politisieren", sondern die ohnehin vorhandenen politischen Elemente und Wirkungen deutlich machen.

Inhalt Heft 1/68

(September)

Werner Hofmann  
Jürgen Seifert

Die Krise des Staates und das Recht  
Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der  
Notstandsverfassung

Hans G. Joachim  
Stephan Leibfried

Kritik und Selbstkritik der Richter  
Wissenschaftsprozess und politische Öffentlichkeit (zu den Entscheidungen der Verwaltungsgerichte zum politischen Mandat der Studentenschaft)

Wolfgang Perschel

Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und innerer Bundeswehreinsatz

Heinrich Hannover  
Richard Schmid

Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht  
Fritz Bauer 1903 - 1968  
Kommentare/Entscheidungen/Rezensionen

Inhalt Heft 2/68

(November)

Demonstrationsfreiheit und Schulbesuchspflicht - Bürgerliches Arbeitsrecht oder die Zerstörung der formalen Rationalität - Art. 12 a GG und europäische Menschenrechtskonvention - Zur Zulässigkeit von Tarifausschlussklauseln - Informationsrechte der Gewerkschaften im Betrieb - Beiträge zur Reform der juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Opposition

Einführungspreis für Heft 1/68 (nur bis 31.12.68) 4. - DM

Jahresabonnement 20, - DM / Einzelheft 6. - DM

Für Studenten und Referendare jährlich nur 16. - DM

Prospekte und Bestellungen beim Verlag 6 Frankfurt 70, Postfach 270

Peter Thoss  
Das subjektive Recht in der  
gliedschaftlichen Bindung

Jürgen Seifert  
Der Notstandsausschuß

Zum Verhältnis von Nationalsozialismus  
und Privatrecht

"res novae" Band 63 - 249 Seiten -  
Snolin-Broschur - 16, 80 DM

1968 - 154 Seiten - Leinen 20, - DM

-----  
EUROPÄISCHE VERLAGSANSTALT . FRANKFURT AM MAIN  
-----